

Weil der GBR einen Digitalisierungstarifvertrag fordert:

FRONTALANGRIFF AUF DIE MITBESTIMMUNG

Mehr als 2.000 Unterschriften hat der Gesamtbetriebsrat von H&M der Unternehmensführung Anfang des Jahres überreicht – eine Petition der Beschäftigten, um die Positionen ihres GBR zu unterstützen. Gefordert wird u.a. die Aufnahme von ernsthaften Verhandlungen zu diesen Themen:

- **Beschäftigungssicherung**, um so viele Arbeitsstellen wie möglich zu sichern.
- Abschluss eines **Tarifvertrages zu gesunder Führung** mit der Gewerkschaft ver.di, um bei H&M eine Führungskultur der Wertschätzung einzuführen.
- Eine Vereinbarung mit dem GBR zu **alters- und altersgerechtem Arbeiten**, damit gesunde und sozialverträgliche Arbeit bis zur Rente möglich ist.

Zur Klarstellung: Gute statt unsichere Arbeit bedeutet für uns, dass H&M sachgrundlose Befristungen und unfreiwillige Teilzeit abschafft. Das gilt auch für sozial unverträgliche Beschäftigungsmodelle wie faktische Abrufarbeit.



Von alledem hat H&M bis heute nichts wissen wollen. Stattdessen hat das Unternehmen den GBR mit Fristsetzung 24. Juni (12:00) aufgefordert, einen „Digitalpakt 2025“ zu unterschreiben, über den noch nicht einmal verhandelt worden ist.

Standort- und Beschäftigungssicherung sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz sind darin genauso wenig vorgesehen wie die Einbindung der Beschäftigten in die Entwicklung und Evaluation eines Zukunftskonzeptes „H&M-Store der Zukunft“ und „Mitarbeiter*innen der Zukunft“.

RECHTE DER BESCHÄFTIGTEN JETZT VERTEIDIGEN!

Offensichtlich sollen sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dazu zählt insbesondere, dass seit Dezember 2017 aktuell die **43. Filialschließung** angekündigt wurde. Alles Einzelfälle, so wird behauptet – eine unternehmenseinheitliche Entscheidung gäbe es nicht. Mit diesem juristischen „Argument“ hat H&M bisher Interessenausgleichs- und Sozialplanverhandlungen verhindert.

Die **Umstrukturierung** in einen Omnichannel-Händler betrachtet die Arbeitgeberseite ebenfalls nicht als eine Betriebsänderung, die mit dem GBR zu verhandeln sei. Stattdessen will H&M die Betriebsverfassungsrechte mit dem vorgeschlagenen „Digitalpakt 2025“ zusätzlich abschwächen und damit die Arbeitnehmer*innenrechte exzessiv beschneiden.

Vor diesem Hintergrund haben der Gesamtbetriebsrat und die ver.di-Aktiven die



Geschäftsführung am 24. Juni aufgefordert, mit ver.di über einen **Digitalisierungstarifvertrag** zu verhandeln, der u.a. folgendes regeln soll:

- Die Einbeziehung der Beschäftigten in Konzeption und Wirksamkeitskontrolle eines mit der Digitalisierung verbundenen Zukunftskonzeptes.
- Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz im Zusammenhang mit Digitalisierung und eine tarifvertraglich abgesicherte Beschäftigungssicherung.

Die Reaktion kam sehr schnell: Der Arbeitgeber teilte mit, den Gesamtbetriebsrat von 40 auf acht Personen reduzieren zu wollen. Im Kern würde dies eine **faktische Zerschlagung** bedeuten. Erneut zeigt das Unternehmen, welch völlig gestörtes Verhältnis es zur hiesigen Mitbestimmungskultur hat.


Dabei schreckt H&M nicht zurück, die Vorsitzende des GBR persönlich anzugreifen. Sie sei „mit der hohen Mitgliederanzahl überfordert“ – ein an den Haaren herbeigezogener Vorwurf: Die Kollegin Saskia Stock

ist gleichzeitig gewählte Vorsitzende des Europäischen Betriebsrates und auch Mitglied im Bundesfachgruppenvorstand Einzelhandel von ver.di – und das aus gutem Grund! Tatsächlich fährt H&M erneut einen Generalangriff auf die Mitbestimmung und auf die ver.di-aktiven Betriebsräte.

In dieser Situation müssen wir alle zusammenhalten: Unterstütze deine Betriebsratskolleginnen und -kollegen und ihre Forderung nach einem Digitalisierungstarifvertrag, indem du ver.di-Mitglied wirst:

- **FÜR EINE EINBEZIEHUNG DER BESCHÄFTIGTEN IN EIN ZUKUNFTSKONZEPT VON H&M**
- **FÜR REGELUNGEN ZU MASSNAHMEN DES ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZES IM ZUSAMMENHANG MIT DIGITALISIERUNG**
- **FÜR EINE TARIFVERTRAGLICH ABGESICHERTE BESCHÄFTIGUNGSSICHERUNG!**

Jetzt Mitglied werden.
Es geht auch online:
mitgliedwerden.verdi.de



Beitrittserklärung
 Änderungsmitteilung
Mitgliedsnummer

Vertragsdaten

Titel _____ Vorname _____ Name _____
 Straße _____ Hausnummer _____
 Land/PLZ _____ Wohnort _____
 Staatsangehörigkeit _____
 Telefon _____
 E-Mail _____
 PLZ _____ Ort _____
 Branche _____
 ausgeübte Tätigkeit _____
 monatlicher Bruttoverdienst _____ Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe _____ Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe _____
 € _____
 Monatsbeitrag in Euro _____
Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro.

Beschäftigungsdaten
 Arbeiter*in Beamter*in erwerbslos
 Angestellte*r Selbständige*r
 Vollzeit Teilzeit Anzahl Wochenstunden: _____
 Auszubildende*r/Volontär*in/Referendar*in _____ bis _____
 Schüler*in/Student*in (ohne Arbeitsseinkommen) _____
 Praktikant*in Dual Studierende*r Sonstiges _____
 ich bin Meister*in/Techniker*in/Ingenieur*in
 Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____
 Straße _____ Hausnummer _____

SEPA-Lastschriftmandat
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
 Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.
 Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.
 BIC _____ IBAN _____
 Ort, Datum und Unterschrift _____

Nur für Lohn- und Gehaltsabzug!
 Personalnummer _____
 Ort, Datum und Unterschrift _____

Ich möchte Mitglied werden ab _____
 Geburtsdatum _____
 Geschlecht weiblich männlich

Ich wurde geworben durch:
 Name Werber*in _____
 Mitgliedsnummer _____
 Ich war Mitglied in der Gewerkschaft _____
 von _____ bis _____

Datenschutzhinweise
 Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an¹⁾ und nehme die **Datenschutzhinweise** zur Kenntnis.
 Ort, Datum und Unterschrift _____
¹⁾ nichtzutreffendes bitte streichen